

Brandenburg an der Havel **Aktuell.**

Infobrief der CDU-Fraktion in der SVV Brandenburg an der Havel
Ausgabe 04/2011, 29.09.2011



Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger,

nach ihrer überzeugenden Wiederwahl am 11.09.2011 hat Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann in der jüngsten Sitzung der SVV alle Parteien und Stadtverordneten zu einem konstruktiven Miteinander eingeladen. Sie ermutigte alle Fraktionen ausdrücklich, über das Tagesgeschäft hinaus einen gesamtstädtischen Konsens zu finden, der nicht von wechselnden Mehrheiten abhängig sein soll. Wir als CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel unterstützen dieses Vorgehen ausdrücklich und ich gehe davon aus, dass es dazu innerhalb der nächsten Wochen Gespräche zwischen den Fraktionen und den sie tragenden Parteien und Vereinigungen geben wird.

Die Oberbürgermeisterin hat recht, wenn sie sagt, dass sich dafür insbesondere die anstehende Fortschreibung des Masterplans anbiete. Es muss unser Ziel sein, gemeinsam bis zum Jahresende die große Linie der Stadtentwicklung mit einem Planungshorizont bis zum Jahr 2020 festzulegen.

Gleichzeitig muss es darum gehen, neben einer inhaltlichen Vorgabe durch den Masterplan auch den Aufgabenzuschnitt für das Verwaltungshandeln der nächsten Jahre in wesentlichen Bereichen zu bestimmen. Hinzu kommt das eminent wichtige Thema der Kreisfreiheit. Dass die Oberbürgermeisterin dazu gemeinsam mit allen Fraktionen einen gesamtstädtischen Konsens erarbeiten will, halten wir als CDU-Fraktion in der SVV Brandenburg an der Havel für den richtigen Weg. Ich würde mir wünschen, dass dieses Angebot auf offene Ohren stößt.

Weitere Themen in unserem Infobrief sind die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes sowie die Sanierung der Nikolaischule.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Herzlichst

Ihr

Walter Paaschen



Einzelhandel: SPD und Linke lehnen Kompromiss ab

Die CDU-Fraktion hatte in der jüngsten SVV einen Antrag eingereicht, der die Diskussion über die weitere Entwicklung des Einzelhandels in Brandenburg an der Havel wieder auf eine sachliche Grundlage gestellt hätte. Darin wurde detailliert begründet, warum der von SPD und Linke gestellte Antrag zur Änderung des bestehenden Einzelhandelskonzeptes nicht umsetzbar ist.

Im Antrag von SPD und Linke ging es im Wesentlichen darum, für das Areal der ehemaligen Stärkefabrik ein Nebenzentrum festzusetzen. Zur Rechtfertigung stützen sich diese Fraktionen auf einen Prüfbericht von Einzelhandelsgutachtern. Pikanterweise hatte sich allerdings einer dieser Gutachter zwischenzeitlich selbst davon distanziert, dass dieser Prüfbericht für den von SPD und Linke beabsichtigten Zweck verwendet werden sollte. Leider wurde dem Antrag der CDU aber mehrheitlich nicht gefolgt.

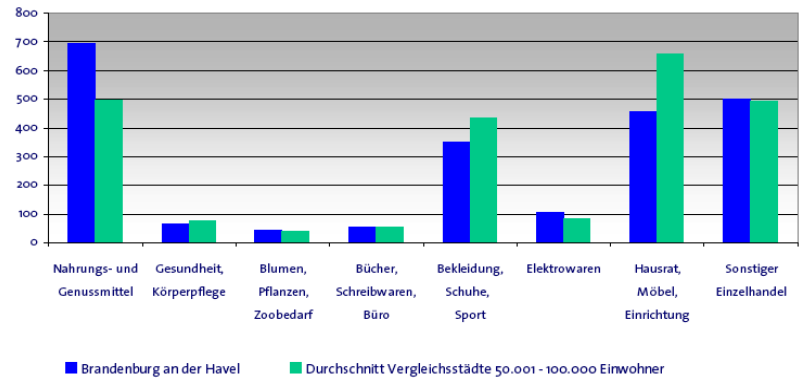
Für uns ist es nicht sinnvoll und auch nicht vernünftig, dass einzelne, neu geplante Einzelhandelsvorhaben losgelöst von der Gesamtentwicklung des Einzelhandels betrachtet werden. Die von SPD und Linke in Kauf genommenen Verfahrensfehler bergen die Gefahr, die gesamtstädtische Entwicklung nur weiter zu blockieren.

Im Gegensatz dazu sprechen wir uns auch weiterhin dafür aus, die Entwicklung von Einzelhandelszentren im gesamtstädtischen Kontext zu betrachten. Mit dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf zur Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes, an dem auch wir als CDU-Fraktion aktiv mitgewirkt hatten, wäre das möglich.



Wir als CDU-Fraktion setzen uns dafür ein, das Einzelhandelskonzept im Sinne der gesamten Stadt fortzuschreiben.
Foto: CDU BRB

Verkausflächenausstattung in qm/1.000 EW



Untersuchungen zeigen, dass Brandenburg an der Havel bereits heute ein Überangebot an Verkaufsflächen im Bereich Nahrungs- und Genussmittel hat.
Quelle: Fortschreibung Einzelhandelskonzept.

Auch für das Areal der ehemaligen Stärkefabrik wäre somit in einem für die gesamte Stadt und ihre Versorgungseinrichtungen verträglichen Maße eine entsprechende Entwicklung darstellbar.

Mit der nun von SPD und Linken auf den Weg gebrachten einseitigen Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes unter der Prämisse der Entwicklung der Neuendorfer Straße zu einem B-Zentrum widersprechen beide Fraktionen den Interessen einer gesamtstädtischen Entwicklung. Aufgrund von in Kauf genommenen Verfahrensfehlern riskieren sie darüber hinaus eine juristische Auseinandersetzung bspw. in Form einer Beanstandung.

Richard Mosthaf

Nikolaischule: Sanierung beauftragt

Es freut mich sehr, dass es einen fraktionsübergreifenden Konsens gibt, die Nicolaischule als städtische Oberschule in den kommenden Jahren auch einer umfassenden Sanierung zu unterziehen.

Dabei ist aus unserer Sicht insbesondere auch die Verlagerung in das freie Schulgebäude in der Vereinsstraße als Vorzugsvariante umzusetzen. Für das derzeitig von der Nicolaischule



genutzte Schulgebäude am Nicolaiplatz sollten deshalb durch die Verwaltung sinnvolle Vorschläge zur Nachnutzung unterbreitet werden.

Wir als CDU-Fraktion in der SVV Brandenburg an der Havel haben daher im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport nochmals deutlich gemacht, dass die Schaffung von bestmöglichen Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler sowie auch von bestmöglichen Lehrbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer ein wichtiges kommunalpolitisches Anliegen für uns ist.

Aktuelles

Bild- und Tonaufzeichnungen aus der Stadtverordnetenversammlung sind wieder möglich

Mit einer Änderung der Geschäftsordnung haben die Stadtverordneten entschieden, dass auch gegen den Willen einzelner Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Bild- und Tonaufzeichnungen möglich sind. Damit sprach sich eine Mehrheit für mehr Transparenz in wichtigen Entscheidungsprozessen aus.

Verwaltung berichtet über Fördermittel aus dem Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“

Aus dem Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ standen in den Jahren 2001 bis 2011 insgesamt ca. 24 Mio. Euro zur Verfügung, das berichtete die Verwaltung im Rahmen einer Anfrage. Die Mittel wurden durch Bund, Land und Stadt zur Verfügung gestellt. Das Geld wurde und wird zur Förderung privater Investoren aber auch zur Instandsetzung des öffentlichen Raums eingesetzt. In den Jahren 2007 bis 2010 wurden sämtliche Finanzmittel abgerufen. Für das Jahr 2011 erfolgt der Mittelabruf zum Jahresende.